

Abg. Deussen-Dopstadt wies darauf hin, dass der in der Vorlage genannte Fachausschuss in seiner inhaltlichen Debatte bereits einen Schritt weiter gewesen sei und die Inklusion nicht nur als schulische, sondern auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen habe, die darüber hinaus auch im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung, im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen Berücksichtigung finden sollte. Von daher sollte die Thematik auch in die vier genannten Ausschüsse verwiesen werden. Sie sei im Übrigen „guter Dinge“, dass eine neue Landesregierung, wie immer sie auch aussehen möge, die Vorarbeiten, die auf diesem Feld parteiübergreifend durchgeführt worden seien, aufnehmen und die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen werde, damit sich der Rhein-Sieg-Kreis nach der Landtagswahl dieser Aufgabe umfassend stellen könne.

Abg. Hartmann unterstrich die Ausführungen seiner Vorrednerin unter Hinweis auf den Signalcharakter einer Beratung in den genannten Ausschüssen.

Abg. Solf merkte an, es müsse endlich verinnerlicht werden, dass Inklusion nicht nur das Thema „Schule“, sondern vielmehr einen Mentalitätswechsel in der Gesellschaft betreffe. Er sei sich sicher, dass die neue Landesregierung einen Rahmen schaffen werde, innerhalb dessen die Kommunen sodann tätig werden können. An dem Tag, an dem der Landtag aufgelöst worden sei, hätten nachmittags die beiden Inklusionsanträge von SPD/GRÜNEN und CDU auf der Tagesordnung gestanden. Hier seien sich die großen Parteien sehr nahe. Als Kommune könne man aber erst dann verantwortungsvoll handeln, wenn der Rahmen des Landes stehe.